

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 030 590097-318

E-Mail:
Martin.Klausch@Landkreistag.de

AZ: II/22

Datum: 29.5.2026

Sekretariat: Birgit Pollmer

Rundschreiben 309/2026

- Mitglieder des **Umwelt- und Planungsausschusses**
- **Landesverbände**

des Deutschen Landkreistages

Musteranschreiben Ersatzzahlungen für Eingriffe in die Natur und Landschaft

Bezugsrundschreiben Nr. 052/2026 vom 2.2.2026, Nr. 750/2025 vom 18.12.2025

Zusammenfassung

Die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Landkreistages hat ein Musteranschreiben erstellt, in dem gefordert wird, Ersatzzahlungen für Eingriffe in die Natur und Landschaft nicht dem Bund zu übertragen. Landkreise, die diese Forderung unterstützen wollen, können das Musteranschreiben nutzen, um sich an ihre örtlichen Bundestagsabgeordneten zu wenden. Da der Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes aktuell im Parlament beraten wird, sollte der Versand möglichst zeitnah erfolgen.

Anlässlich der drohenden Verlagerung der naturschutzrechtlichen Ersatzgeldzahlungen durch das Infrastruktur-Zukunftsgesetz hat der Niedersächsische Landkreistag angeregt, den Landkreisen ein Musteranschreiben zur Verfügung zu stellen, mit dem diese ihre ablehnende Haltung dazu gegenüber ihren jeweiligen Bundestagsabgeordneten zum Ausdruck bringen können. Auch in Anbetracht der kritischen Positionierung des Umwelt- und Planungsausschusses greift die Hauptgeschäftsstelle diese Initiative gerne auf.

Das Schreiben kritisiert die geplante Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, wonach Ersatzgelder künftig zentral auf Bundesebene verwaltet werden sollen. Dadurch entstünde mehr Bürokratie, Abstimmungsprozesse würden komplexer und die eingriffsnahe Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen würde erschwert. Ein Mehrwert, der durch die Verwaltung von Ersatzgeldern durch den Bund entstünde, ist nicht ersichtlich. Dagegen hat sich die bisherige dezentrale Verwaltung weitestgehend bewährt.

Landkreise, die dieses Anliegen unterstützen wollen, können das Musteranschreiben (**Anlage**) an ihre örtlichen Bundestagsabgeordneten schicken und dabei eigene Erfahrungen schildern. Da der Gesetzentwurf aktuell im Parlament beraten wird, empfehlen wir, die Bundestagsabgeordneten bereits in den kommenden Tagen auf die Problematik hinzuweisen.

Im Auftrag

Klausch

Anlage